

Wolfgang Kessler

## **Die Mythen von heute und die Wirtschaftspolitik von morgen**

Ich reise seit knapp zwanzig Jahren fast wöchentlich durch Deutschland. Dabei erlebe ich, dass ein Gefühl unter den Menschen immer mehr wächst: das Gefühl der Angst. Was mich dabei fast genau so bewegt wie diese Angst selbst, ist die Tatsache, dass sie in der öffentlichen Diskussion so gut wie verdrängt wird. Die meisten, vor allem in der Politik, tun sie mit dem Argument ab, die Deutschen seien immer ängstlich. Dies ist nicht ganz falsch, aber letztlich doch nur Verdrängung. Denn: Wer wirklich nachdenkt, erkennt den wirklichen Grund für die Angst. Er liegt darin, dass die Menschen erleben, wie die immer gleichen Probleme seit Jahrzehnten anwachsen, ohne dass die Politik auch nur Ansätze von Lösungen verwirklicht. An Beispielen fehlt es nicht:

In Deutschland und anderswo wächst die Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern der wirtschaftlichen Entwicklung. Hier hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den vergangenen 30 Jahren fast vervierfacht und liegt bei etwa 3 Millionen Menschen.

Seit über 30 Jahren wächst in Deutschland die Arbeitslosigkeit – und zwar treppenartig: In Zeiten des Aufschwungs stagniert die Arbeitslosigkeit oder sie geht leicht zurück, in der Krise steigt sie dann eine Stufe höher. Jetzt sind wir bei 4,2 Millionen registrierten Arbeitslosen angelangt – weitere zwei Millionen sind nicht registriert.

Zahlreiche, im einzelnen durchaus erfolgreiche Umweltgesetze haben dafür gesorgt, dass die Gewässer sauberer und die Luft schadstoffärmer ist als noch vor zehn Jahren. Der Grundmechanismus, der unsere Umwelt bedroht, wurde jedoch nicht außer Kraft gesetzt: Das wirtschaftliche Wachstum verbraucht immer noch mehr Ressourcen als weltweit nachwachsen – hier zu Lande und weltweit. Das Ozonloch und vor allem die drohende Klimakatastrophe bedrohen die Lebensverhältnisse aller Menschen auf der Erde - und die Natur.

In der Weltwirtschaft weitet sich die Schere zwischen arm und reich. Das ist die Schattenseite der Globalisierung. Während die Zahl der absolut Armen - laut UNO - auf knapp eine Milliarde Menschen angewachsen ist, besitzen die 225 reichsten Menschen der Welt so viel wie 47 Prozent der ganzen Menschheit. Während die Börsen dieser Welt täglich 1200 Milliarden US-Dollar umsetzen, davon 1170 Milliarden zu Spekulationszwecken, müssen sich 45 Länder Auslandsschulden von 2000 Milliarden US-Dollar von ihrem Munde absparen.

Trotz dieser gewaltigen Herausforderungen wirken die Wirtschaftspolitiker rat- und hilflos. Dabei weiß ich durchaus, dass es Politiker schwerer haben als Vortragsredner und Journalisten, weil sie ständig unter Handlungsdruck stehen.

Wenn man dennoch fragt, warum die Politik – Regierung wie Opposition – so hilflos wirkt, dann erkennt man als langjähriger Beobachter politischer Prozesse dafür vor allem einen Grund: Sie wiederholen und glauben immer wieder die gleichen Halbwahrheiten über die wirtschaftliche Entwicklung, die sich bei genauer Betrachtung immer wieder als Mythen erweisen. Doch diese Mythen werden zur Grundlage der Wirtschaftspolitik. Es sind fünf:

### **Mythos 1: Deutschland ist unattraktiv, die Wirtschaft nicht konkurrenzfähig**

Im Gegensatz zu diesen Klageliedern wird Deutschland bei internationalen Investoren zunehmend beliebter. Im Jahr 2002 rückte die Bundesrepublik auf Platz 4 der Weltrangliste der Länder mit dem größten Import von Kapital. Nach dem Weltinvestitionsbericht der Vereinten Nationen aus dem Jahre 2003 investierten internationale Konzerne nur in Luxemburg, China und in Frankreich mehr Kapital als in Deutschland – die USA und Großbritannien liegen deutlich dahinter. Auch die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft ist längst bewiesen. Zwar werden Arbeitsplätze für Massenprodukte in Niedrigkosten-Länder verlagert, doch exportierte Deutschland 2002 für 60 Milliarden Euro mehr Waren in andere Länder, als die Deutschen von dort kauften. Deutschland ist Exportweltmeister.

## **Mythos 2: Weniger Jüngere und mehr Ältere zerstören den Generationenvertrag**

In den nächsten Jahrzehnten wird die deutsche Gesellschaft älter. War 1992 nur jeder fünfte Bürger älter als 59 Jahre, so wird dies im Jahre 2040 jeder dritte sein. Trotz dieser scheinbar alarmierenden Entwicklung für den Generationenvertrag ist Panik kurzfristig überflüssig. Denn:

- Die demografische Entwicklung schlägt sich erst ab 2015 – und dann erst langsam – nieder. Richtig schwierig – da sind sich die Experten einig – wird sie erst ab dem Jahr 2030, wahrscheinlich erst ab 2040.

- Solange in Deutschland zu wenig Ausbildungsplätze für junge Leute angeboten, Menschen über 50 massenhaft aus den Betrieben gedrängt und Arbeitslose ab 58 Jahren gleich in den Ruhestand verabschiedet werden, braucht man über die Demografie nicht zu reden. Der eigentliche Grund für die Probleme des Sozialstaates ist die hohe Erwerbslosigkeit, nicht die Demografie.

- Weniger Jüngere und mehr Ruheständler bieten in den kommenden Jahren die große Chance auf Vollbeschäftigung. Zudem wird die Arbeitsproduktivität steigen, so dass weniger Erwerbstätige künftig mehr produzieren als viele Erwerbstätige heute. Ein historischer Prozess setzt sich fort. Während vor 150 Jahren 20 Millionen Bauern Deutschland kaum ernähren konnten, produzieren heute eine halbe Million Bauern Überproduktion. Warum sollen also in 30 Jahren nicht weniger Erwerbstätige mehr Nichterwerbstätige finanzieren können?

Es spricht zwar nichts dagegen, den Generationenvertrag langsam anzupassen, damit die Beiträge für die Jüngeren nicht so stark steigen. Panikmache dient jedoch nur jenen, die den Generationenvertrag kündigen und die Rentenversicherung privatisieren wollen. Sie verweisen auch am lautesten auf die demografische Entwicklung.

## **Mythos 3: Die Wirtschaft wird von Steuern und Abgaben erdrückt**

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein Vertreter der Wirtschaft über zu hohe Steuern und Sozialabgaben jammert.

Zumindest in Sachen Steuern ist dieses Klageglied vollkommen unberechtigt. Denn:

- Nach Angaben der Deutschen Bundesbank ist die deutsche Steuerquote – der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt – mit 23,6 Prozent sehr niedrig. In der Europäischen Union zahlen nur die Spanier noch geringere Steuern. Dass viele Bürger dennoch das Gefühl zu hoher Steuern haben, liegt daran, dass die Lohnsteuern konsequent eingezogen werden, während es bei den Gewinnsteuern große Gestaltungsspielräume gibt. Anders liegen die Dinge bei den Sozialabgaben. Hier weist Deutschland die höchste Quote in der EU auf. Zwar liegt die deutsche Wirtschaft bei der gesamten Abgabenquote – Steuern und Sozialabgaben – wieder im Mittelfeld der EU. Doch im Bereich der Sozialabgaben gibt es Reformbedarf.

Was allerdings verschwiegen wird, ist ein anderer Punkt, der nichts mit den angeblich zu hohen Kosten zu tun hat: Die Kapitaleigentümer wollen immer höhere Renditen. Noch vor 20 Jahren begnügten sich Unternehmen mit durchschnittlichen Renditen zwischen zwei und fünf Prozent. Inzwischen geben die US-amerikanischen Börsengurus vor, dass Renditen von Unternehmen, die an der Börse erfolgreich sein wollen, auf jeden Fall zweistellig sein müssen. In Deutschland gibt es mehrere Beispiele, dass Investoren vor dem Einstieg in Unternehmen garantierte Renditen von 15 bis 25 Prozent gefordert haben.

Dass die Unternehmen so hohe Renditen anstreben, hat Folgen: Innerhalb der Betriebe fließt dann immer mehr Geld an die Eigentümer – oft genug fließt es dadurch aus den Unternehmen heraus. Um dieses Renditeziel zu erreichen, ist den Unternehmen oft jedes Mittel recht. So schließen Konzerne Filialen, obwohl diese schwarze Zahlen schreiben, weil der Gesamtkonzern die angestrebten Renditen dennoch nicht erreicht, und verlagern die Produktion ins billigere Ausland. Zum Beispiel in der besonders gebeutelten saarländischen Stadt Püttlingen: Dort schloss Mannesmann vor Jahren ein Röhrenwerk, das schwarze Zahlen schrieb, und setzte 600 Menschen auf die Straße. Ende dieses Jahres macht der Konzern SKF mit 320 Beschäftigten dicht – auch dieses Werk schreibt schwarze Zahlen. Der Bürgermeister von Püttlingen ist

fassungslos: »Eigentum verpflichtet. Da sollte man auch mal an die Menschen denken, die hier seit fast 45 Jahren arbeiten.«

#### **Mythos 4: Der Sozialstaat und starre Arbeitsmärkte lähmen die Wirtschaft**

Kritisiert wird ein ausufernder Sozialstaat, der dafür sorgt, dass in Deutschland knapp die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts durch die Hände des Staates läuft – in Japan sind es 28 Prozent. Allerdings hat dies keinerlei Auswirkung auf das Wirtschaftswachstum. Deutschland verzeichnete mit seiner hohen (Sozial-)Staatsquote zwischen 1980 und 1990 hohe Zuwachsraten. In Japan herrscht seit Jahren trotz geringer Staatsquote Stagnation. Länder mit noch höheren Staatsquoten als Deutschland – wie Schweden, Frankreich oder Dänemark – erzielten in den vergangenen Jahren höhere Wachstumsraten als Deutschland. Der Sozialstaat hemmt das Wachstum also nicht. Höherem Wachstum steht auch der Arbeitsmarkt nicht entgegen. Er ist nicht so unflexibel, wie er dargestellt wird. Denn: Jeder dritte Beschäftigte unter 20 und jeder vierte unter 24 Jahren hat einen befristeten Arbeitsvertrag. Kündigungsschutz ist dann kein Problem. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten ist von 1991 bis 2002 um 46 Prozent gestiegen – die Zahl der Vollzeitjobs nahm um 14 Prozent ab. Die Mehrzahl der Tarifverträge enthält Öffnungsklauseln, die im Problemfall geringere Löhne und längere Arbeitszeiten ermöglichen. In diesem Jahr haben 117 Unternehmen mit 25 000 Beschäftigten diese Klauseln mit Erfolg genutzt.

#### **Mythos 5: Wirtschaftswachstum löst unsere Probleme**

Politik und Wirtschaftswissenschaft wünschen sich nichts sehnlicher als wirtschaftliches Wachstum. Sie erhoffen sich davon mehr Steuereinnahmen, mehr Geld für die Sozialkassen und mehr Arbeitsplätze. Sicherlich würde mehr Wachstum die staatlichen Kassen kurzfristig auffüllen. Ob Wachstum auch Arbeitsplätze schafft, ist aber nicht so sicher. In der Industrie entstehen erst bei Wachstumsraten um drei Prozent neue Arbeitsplätze – alles darunter erledigen die Maschinen. Dauerhafte Wachstumsraten von drei Prozent schaffen

jedoch langfristig erhebliche ökologische Probleme. Denn: Bei drei Prozent jährlichem Wachstum müssten die Menschen in 23 Jahren bereits doppelt so viel konsumieren wie heute – jene in 46 Jahren über vier Mal so viel. Dann kann es leicht sein, dass die Schäden dieses Wachstums höher sind als die zusätzlichen Steuereinnahmen. Zwar kann man sich durchaus ein qualitatives Wachstum vorstellen, das sich vor allem auf den umweltverträglicheren Dienstleistungsbereich bezieht. Doch auf solch differenzierte Positionen lassen sich die meisten Politiker und Ökonomen erst gar nicht ein. Sie wollen so viel Wachstum wie möglich.

Das Problem liegt darin, dass ein Kartell aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien – von Ausnahmen abgesehen – immer die gleichen Thesen wiederholt, obwohl sie sich bei näherer Betrachtung als Mythen erweisen. Dass sie dennoch ständig wiederholt werden, ist Teil einer ideologischen Kampagne, die ein ganz bestimmtes Denken in den Köpfen der Menschen verankern will: Der Markt ist gut, der Staat ist schlecht; Gewinne sind gut, Löhne sind Kosten; Freiheit ist wichtiger als Sicherheit und Gerechtigkeit. Erst wenn diese Mythen enttarnt werden, wird der Weg frei für unkonventionelles Denken und kreative Vorschläge, die notwendiger sind denn je.

Dabei gibt es eine ganze Reihe von Vorschlägen, die den Zug nicht immer nur schneller ins Nichts rasen lassen, sondern die die Weichen neu stellen, so dass soziale und ökologische Probleme, also die Probleme der Zukunft gelöst werden. Folgende acht Vorschläge könnten die Weichen so stellen, dass dies geschieht:

##### **1. Intelligente Arbeitszeitpolitik**

Eine Verringerung der Arbeitslosigkeit steht und fällt mit einer intelligenten Arbeitszeitpolitik. Dabei geht es nicht um stromlinienförmige Strategien wie die 32-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Das ist auf die flexiblen Bedürfnissen der Menschen und der Betriebe nicht zugeschnitten. Es geht statt dessen darum, andere Arbeitszeitformen zu fördern: Flexible Arbeitszeiten durch Arbeitszeitkonten, Teilzeitarbeit, Sabbatjahre, Überstundenabbau,

Elternteilzeit oder Job-Rotationen. Zu fragen ist deshalb, ob die Regierungen nicht durch finanzielle Anreize dafür sorgen, dass Arbeitszeit-Verkürzung attraktiv wird. Warum werden Modelle wie bei Volkswagen oder bei Opel nicht belohnt, so dass sich auch viele andere Firmen heranwagen? Warum erhalten zum Beispiel Unternehmen, die die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter(innen) zum Beispiel durch den Abbau von Überstunden verkürzen und dafür registrierte Arbeitslose einstellen, nicht für einige Jahre das Geld, das diese Arbeitslosen den Staat in dieser Zeit sowieso gekostet hätten? Dann gebe es einen Anreiz zu originellen Arbeitszeitmodellen. Statt Arbeitslosigkeit würde dann Arbeit subventioniert. Finanziell macht das für die Regierungen keinen Unterschied, wohl aber für die heute Arbeitslosen. Für sie ist der Unterschied zwischen Arbeiten und Nicht-Arbeiten existenziell.

## **2. Industrielle Innovation**

Wenn alte Märkte gesättigt sind, geht es darum, neue Arbeitsbereiche zu mobilisieren. Innovation ist angesagt, industrielle Innovation. Was hier möglich ist, zeigt die Tatsache, dass ein Euro mehr für den Strom eines jeden Privathaushaltes pro Monat in den vergangenen drei Jahren bereits 120 000 neue Arbeitsplätze entstehen ließen. Gleichzeitig kostet es jedes Jahr vier Milliarden Euro, um 50 000 Arbeitsplätze in der Kohleindustrie zu erhalten. Zwar werden Solarzellen und Sonnenkollektoren in Zukunft noch maschineller produziert als heute. Doch stellen Sie sich nur einmal vor, auf zehn Millionen deutsche Dächer werden Solarzellen und Sonnenkollektoren montiert – und regelmäßig gewartet. Das würde ein Jobwunder in der Bauindustrie und im Handwerk auslösen. Genau dieses Wunder fehlt zum Beispiel in Ost-Deutschland. Und ähnliches gilt für andere Innovationen, wie die Brennstoffzellen, Erdgasautos, Hybridautos, neue Werkstoffe – und andere Produkte, die dann entstehen, wenn man Forschung und Entwicklung fördert. Und wie wäre es, wenn man dazu einen dritten Mehrwertsteuersatz auf besonders teure Konsumwaren erheben würde. Luxuskonsum investiert in die Zukunft der Wirtschaft – das wäre intelligenter, als der

Traum von ständigen Steuersenkungen, der in einem armen Staat endet.

## **3. Soziale Innovation**

Man spricht viel über Bildung und Ausbildung, über Familie und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zu Recht. Doch wäre es nicht besser, mutig Nägel mit Köpfen zu machen. Zum Beispiel mit einem neuen Generationenvertrag: Altes Kapital fördert junges Kapital. Stellen Sie sich vor, es würde eine Vermögenssteuer von einem Prozent auf hohe Vermögen – ab 200.000 Euro pro Person - erhoben, die dann an die Bundesländer fließt. Die Vermögenssteuer ist eine Ländersteuer. Und die Bundesländer würden dieses Geld – acht bis zwölf Milliarden Euro pro Jahr - in Kindergärten, Schulen, Ganztages-Betreuung und Universitäten stecken. Dann würde das Vermögen von heute das Kapital von morgen fördern. Durch Arbeitsplätze für die Menschen von heute und durch bessere Aussichten für die Erwachsenen von morgen. Das wäre ein Generationenvertrag mit Zukunft.

## **4. Integration von Langzeitarbeitslosen**

Ein dritter Schritt zu mehr Beschäftigung besteht durchaus darin – die Gewerkschaften werden sich wehren, auch einen Niedriglohn-Sektor zuzulassen, aber gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die beteiligten Menschen nicht verarmen. Es kann – in bestimmten Fällen – durchaus sinnvoll sein, Sozialhilfeempfängern den Lohn durch einen staatlichen Zuschuss aufzustocken, wenn sie einen niedriger entlohnten Job annehmen. Die Erfahrungen zeigen, was hier möglich ist: Mannheim konnte zum Beispiel 22 Prozent der angesprochenen Sozialhilfeempfänger durch diese Maßnahmen auf dem ersten Arbeitsmarkt unterbringen, weil sie und ihre Arbeitgeber gut beraten wurden. Man stelle sich nur vor, in ganz Deutschland könnten auf diese Weise 22 Prozent der arbeitslosen Sozialhilfeempfänger – das wären 250.000 Langzeitarbeitslose – wieder in Beschäftigung zu bringen. Das wäre eine lohnendere Investition für die hohen Kosten der Arbeitslosigkeit als die Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, die nur die Arbeitslosen bekämpft statt die Arbeitslosigkeit. Druck auf die Arbeitslosen ist

allenfalls dann richtig, wenn die Förderung nicht gefruchtet hat.

### **5. Solidarische Sozialversicherung**

In der Sozialversicherung geht es nicht darum, die Solidarität durch Privatisierung abzubauen, sondern mehr Solidarität aufzubauen. Dies erreicht man nur, wenn alle Mitglieder der Gesellschaft, also alle Bürgerinnen und Bürger, Mitglied in der Rentenversicherung sind. Wie zum Beispiel in der Schweiz: Dort zahlen alle erwachsenen Personen – egal, ob erwerbstätig, nicht-erwerbstätig, angestellt, beamtet, selbständig, Landwirt, Professor oder Politiker – in die Rentenversicherung ein. Und dies von allen Einkommen: von Löhnen, Gehältern, Gewinnen und Vermögenserträgen. Das hat viele Vorteile. Die Renten sind sicher – und zwar in Gestalt einer Mindestrente für alle und einer Höchstrente. Auf Deutschland übertragen, würde zwar eine allgemeine Rentenversicherung nicht zu Halbierung der Beiträge führen. Die Prognos AG in Basel hat jedoch errechnet, dass die Beiträge dadurch auch hier zu Lande bis zum Jahre 2030 um ein bis zwei Prozentpunkte niedriger wären als heute. Alle wären sozial abgesichert; die Beiträge sind geringer; die Unternehmen haben geringere Kosten; die Arbeitnehmer höhere Nettolöhne. Wer eine höhere Rente möchte, kann dann privat vorsorgen. Das ist ein Umbau mit Zukunft. Der Generationenvertrag bliebe gesichert. Eine solidarische Bürgerversicherung dieser Art bildet auch die Grundlage für die Krankenversicherung. Eine angemessene medizinische Versorgung für alle ist auch in Zukunft möglich, wenn alle in einem Boot sitzen und sich niemand ab einem bestimmten Einkommen mehr aus der Solidarität stehlen kann. In Österreich zum Beispiel sind 99 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger in einer gesetzlichen Volksversicherungen. Also alle Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Krankenversicherung – und alle zahlen prozentuale Beiträge von ihrem Einkommen, auch von Gewinnen. Und dafür bieten die Krankenversicherungen allen die medizinischen Leistungen auf dem wissenschaftlichen Standard und zumindest alle ausgewählten Medikamente einer Positivliste. Wer Zusatzleistungen möchte, muss diese bei einer Privatversicherung

selbst finanzieren. Auf diese Weise wäre eine Grundversorgung für alle Bürger garantiert – als Alternative zur herrschenden Zwei-Klassen-Medizin.

### **6. Gerechter Welthandel**

Fakt: Auf dem unregulierten Weltmarkt setzen sich oft jene Produzenten durch, die die billigsten Waren anbieten, weil sie Mensch und Natur skrupellos ausbeuten. Das ist die Schattenseite der Globalisierung. Deshalb brauchen wir einen gerechten Welthandel. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre ein Tauschgeschäft: Der Norden baut die Exportsubventionen für landwirtschaftliche Waren ab, mit denen er im Süden die Märkte zerstört. Der Süden akzeptiert für seine Produktion soziale und ökologische Mindestauflagen. Fair gehandelte Waren und ökologisch produzierte Waren haben freien Zugang zu unseren Märkten. Dann hätte sich der Welthandel grundsätzlich geändert. Wenn Länder, die Auflagen wie ein Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit, Gewerkschaftsfreiheit, Tariffreiheit und einen minimalen Arbeitsschutz nicht einhalten, aus dem freien Welthandel ausgeschlossen würden dann setzen sich diese sozialen Grundbedingungen weltweit durch. Auf ähnliche Weise ließen sich ökologische Mindestauflagen weltweit verwirklichen. Der Vorteil: Weltweit sind dann keine Produkte mehr im Handel, die nur deshalb so billig sind, weil sie unter so großer Ausbeutung von Menschen und Natur hergestellt wurden.

### **7. Einführung einer weltweiten Börsenumsatzsteuer**

Die UNO fordert eine Börsenumsatzsteuer von 0,1 Prozent auf alle Käufe und Verkäufe an den Börsen der Welt – und das ist gut so. Denn diese Steuer könnte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen würden sich die Börsen beruhigen, weil die Anleger dann verstärkt längerfristige Anlagen wählen. Börsenzusammenbrüche wären unwahrscheinlicher. Außerdem würde diese Börsenumsatzsteuer jährlich über 100 Milliarden US-Dollar in die Kassen der UNO spülen.

### **8. Sozial-ökologischer Marshallplan:**

Diese Einnahmen von 100 Milliarden US-Dollar bieten der Weltgemeinschaft eine einmalige Chance, denn es handelt sich um

vier Mal so viel Geld, wie alle Industrieländer zusammen pro Jahr an Entwicklungshilfe aufbringen. Diese 100 Milliarden US-Dollar wären die finanzielle Grundlage für einen sozial-ökologischen Marshallplan, wie ihn die Welt dringend benötigt. Dieser Marshallplan könnte die Hälfte dieser Gelder gezielt in die Bekämpfung der absoluten Armut investieren: in die Versorgung mit sauberem Trinkwasser, in die Förderung von umweltgerechter Ernährung, in die Bekämpfung einfacher, aber oft tödlicher Krankheiten, in den Aufbau von Schulen. Dann wäre das Ziel möglich, das die UNO im Jahre 2000 proklamierte, nämlich die Halbierung der absoluten Armut bis zum Jahr 2015. Die andere Hälfte stünde für die Förderung der Sonnenenergie im Süden der Welt zur Verfügung. Denn eines ist klar: Wenn die zwei Milliarden Menschen, die heute ohne Strom sind, wirklich, Strom bekommen sollen, dann wird es Sonnenstrom sein. Er kann in jedem Dorf dezentral hergestellt und genutzt werden. Und er ist die Basis die Entwicklung dieser Dörfer.

Nach diesen acht Vorschlägen fragt man sich natürlich vor allem eines: Wie sieht die Welt jetzt aus. Dabei ist mir bewusst, dass sich Dinge auch anders als vorgesehen entwickeln, weil Menschen Gott sei Dank keine planbaren Wesen sind. Dennoch: Versuchen Sie aber bitte dennoch fünf Minuten lang das Unmögliche - und öffnen Sie sich den Visionen eines Wirtschaftens im dritten Jahrtausend:

1. Früher waren Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitverkürzungen oft teuer, jetzt sind sie finanzierbar. Das Konzept der Lohnkosten-Zuschüsse an Unternehmen, die ihre Arbeitszeiten verkürzen, hat die Arbeitsgesellschaft in wenigen Jahren durchgreifend verändert: Die Erwerbslosigkeit geht zurück; Mann und Frau können sich jetzt Erwerbs- und Familienarbeit gerechter teilen als früher.

2. >Jetzt herrscht wieder ein Klima von Innovation, weil Innovationen gefördert werden. Neue Techniken und Produkte schaffen Arbeitsplätze und sichern die Zukunft der deutschen Wirtschaft in der globalen Konkurrenz. Dies ist der Ausbruch aus einem Kreislauf, der immer wieder nur

alte Produkte anbietet und diese mit immer weniger Arbeitskräften von immer mehr Maschinen produzieren lässt.

3. Der neue Generationenvertrag – Vermögenssteuer auf altes Kapital, investiert für junges Kapital – trägt jetzt Früchte. Kindergärten, Schulen und Universitäten sind besser ausgestattet. Die Zahl der jungen Menschen nimmt zwar ab, doch sie haben jetzt endlich bessere Zukunftschancen. Und damit sichern sie auch die Zukunft Deutschlands.

4. Durch Lohnkostenzuschüsse entstehen nun auch zahlreiche Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Dies bedeutet neue Chancen für rund 200 bis 300.000 Arbeitslose, die diese Stellen nun besetzen können – und dennoch nicht in Armut abrutschen wie in den USA, weil sie durch Lohnkostenzuschüsse abgesichert werden. Außerdem haben sie nun wieder bessere Chancen, sich weiterzuqualifizieren. Dadurch bessern sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

5. Die Sozialversicherungen treten nicht mehr ständig mit neuen Horrormeldungen an die Öffentlichkeit. Denn: Einmal ist die Arbeitslosigkeit gesunken - dies entlastet die Sozialversicherungen. Außerdem beruhen Sozialabgaben jetzt auf allen Einkommen. Die Finanzierungsgrundlage ist viel größer als heute. Außerdem sind die Einnahmen auch dann sicher, wenn die menschliche Arbeitskraft immer mehr durch Technik ersetzt wird. Denn auch für Gewinne und Zinsen werden Sozialbeiträge fällig.

6. Wenn nur noch Länder Zugang zu den Märkten anderer Länder haben, die soziale und ökologische Mindestauflagen einhalten, dann wird der Handel ein Stück sozialen und ökologischen Fortschritt in die armen Länder bringen. Denn schon die Zulassung freier Gewerkschaften, Grundregelungen im Arbeitsschutz, das Verbot von Kinderarbeit und das Verbot bestimmter schädlicher Stoffe werden in vielen Ländern des Südens ungeheure soziale und ökologische Verbesserungen bewirken - und dies zu geringen Kosten.

7. Die Spekulationssteuer hat die Spekulationswut an den Börsen merklich gedämpft. Stabilität kehrt ein. Außerdem steht Kapital zur Verfügung, um die Armut

in den ärmsten Ländern entschlossen zu bekämpfen und erneuerbare Energietechniken zu verbreiten, die der sozialen Entwicklung im Süden dienen, ohne die Welt zu zerstören.

8. Der Marshallplan zur Bekämpfung der Armut trägt jetzt Früchte. Weltweit werden unternehmerische Aktivitäten durch Kleinkredite gefördert. Das Handwerk im Süden blüht auf. Die Frauen, ohnehin schon immer die Trägerinnen der Entwicklung, können endlich eigenständig wirtschaften, weil sie nun kreditwürdig sind. Schon nach wenigen Jahren zeichnet sich ab, dass der Traum von der Halbierung der Armut bis zum Jahre 2015 in Erfüllung gehen wird.

Nun fragt man sich natürlich, wie lassen sich diese Rahmenbedingungen in Politik umsetzen. Die einfachste Antwort ist: Es geschieht schon.

Erstens zeigt ein Blick nach Europa, dass eine zukunftsorientierte Politik auch in Zeiten der Globalisierung von einzelnen Ländern alleine durchgesetzt werden kann. Zum Beispiel:

- Dänemark hat zum Beispiel seine Arbeitslosigkeit zwischen 1993 und 2001 von 13,9 Prozent auf 3,9 Prozent gesenkt. Mit Arbeitszeit-Verkürzung, mit einer entschlossenen Arbeitsmarktpolitik, mit ökologischer Innovation und mit sozialer Innovation. Jetzt haben die Dänen ein Problem, das Hans Eichel gerne hätte. Sie streiten darum, was sie mit ihrem

Überschuss im Staatshaushalt machen sollen.

Aus dem Süden: Sonnenenergie in Sri Lanka

Politik braucht sich also nur ein Beispiel nehmen. Sie wäre erfolgreich, würde sie sich an praktizierten Utopien orientieren statt der Macht der Wirtschaftslobbys unterordnen.

Zum zweiten gibt es auch Handlungsmöglichkeiten für die Einzelnen. Alle Menschen sind Wirtschaftspolitiker und können ab einem bestimmten Einkommen ihre Macht nutzen: Es ist nicht gleichgültig, ob man Biowaren oder fair gehandelte Waren kauft - in jedem Kauf steckt auch die Wahl einer bestimmten Wirtschaftspolitik. Das Gleiche gilt für das Sparen. Es gibt längst Banken, die das Geld ihrer Kunden nach sozialen und ökologischen Kriterien investieren, aber geringere Zinsen zahlen. Sie verzeichnen hohe Zuwachsraten. Das heißt: Es ist durchaus möglich, auch im Umgang mit seinem eigenen Geld jene Ziele zu verfolgen, die man von der Politik erwartet.

Natürlich gebe ich gerne zu, dass Veränderungen sehr schwierig sind und Zeit brauchen. Gleichzeitig gibt es aber keinen Anlass zu jener Depression, an der sich hierzulande viele Leute weiden. Lassen Sie es mich am Ende satirisch formulieren: Wir haben vielleicht keine Chancen - aber die sollten wir nutzen.

Quelle: [www.emk-gfs.de](http://www.emk-gfs.de)